

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Badischer Beobachter. 1863-1935
1910**

223 (1.10.1910) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis:
In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pf., vierfach jährlich
M. 270. An der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich
50 Pf. Bei der Post befreit und dort abgeholt M. 325, durch den
Briefträger ins H. gebracht, M. 3.67 vierfach jährlich.
Bekleidungen werden jederzeit entgegengenommen.

Fernsprecher
Nr. 535.

Neislagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt
"Sterne und Blumen".
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt
"Blätter für den Familienthum".

Fernsprecher
Nr. 535.

Anzeigen: Die sechsplatige Petition oder deren Raum 25 Pf.
Postkarten 60 Pf. Postanzeige billiger. Bei älterer Wiederholung
er spätere Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle
Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Ratsschriften und Verlag der Alttengesellschaft "Badenia" in
Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie
für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil (i. V.): A. Theodor Meyer;

für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verleih: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich: Für Anzeigen und Postkarten:
Hermann Böhler in Karlsruhe.

M Das Ende der Diamanten-Ara?

Sonderbar: an die Mitteilung der 64 Prozent Dividende knüpfen sich jetzt allerlei Nachrichten von sehr frühen Ende des südweltatlantischen Diamantenregens. Diese Meldeungen tauchen in verschiedenen Form auf, in deutscher und in englischen Blättern und doch gibt man nicht fehl in der Annahme, daß eine gemeinsame Quelle alle Kanäle weist und daß diese Quelle sehr nahe bei der deutschen Kolonialgesellschaft zu suchen ist, die von sich auch sagen darf, daß die "Schönen Tage Arantius" vorüber sind. Der Zweck dieser Ausbreitungen ist klar: die ungemein hohe Dividende hat dem Gedanken des einzigen gefährlichen Kriegskostenantrages neue Freude zugefügt. Die Forderung nach einer endgültigen Auseinandersetzung in Südwestafrika ist unauflöslich dringlich geworden und kein Dernburg stemmt sich mehr dagegen. Der Reichstag hat eine übergroße Mehrheit für diesen Gedanken, der Bundeckrat sträubt sich nicht. Das Ende der Millionenwelle steht nahe. Da lädt man eben von verschiedenen Seiten Berichtshallen auffliegen und sucht dem deutschen Volke einzureden, daß sich ein Streit um die Diamanten gar nicht lohne; denn der Schatz sei weit kleiner, als man allgemein angenommen habe. Kurzum: die Stimmung soll abschwören; die "Wismacher" sind an der Arbeit. Aber der idylische Plan wird nicht gelingen. Schon vor 5 Monaten legte ein kürzlicher Kenner des Diamantengebietes, daß man erleben werde, daß bei irgend einer passenden Gelegenheit die Diamantmacher eingesen werden und zwar möglichst nahe an dem Termin, wo eine letzte Regelung der südweltatlantischen Verhältnisse durchgeführt würde. Der Mann kannte wohl seine Papierkasse. Um aber den inneren Wert des heutigen Preisfallstroms zu erfassen, darf man nur eine Tathade mitteilen, daß vor kurzem die Diamantengesellschaft ihren Antwerper Abnehmern mitteilte, daß wir auf 20 bis 25 Jahre hinunter liefern könnten. Diese Behauptung der Regie zeigt die ganze Bewegung auf Herabminderung des Wertes des Diamantenvorrakens ins richtige Licht. Es mag ja zutreffend sein, daß nicht jedes Feld gleich ergiebig ist, daß manche unbewohnte schwierig eintreten, aber auf dem nach allen Berichten nicht mühseligen Vertrieb der deutschen Diamantengesellschaft soll man ja keine Schlüsse für die Allgemeinheit aufbauen.

Dreifach kann der Wert des Diamantenvorrakens bis heute nicht entdeckt — nur gerafft werden und Schätzungen kann fehlen. Die junge Geschichte der deutschen Diamanten zeigt dies klar. Zuerst bildet man die Funde für ganz unbedeutend, für so minimal, daß das gesamte Berliner Großkapital seine 40 000 Mill. riskierte; auch im Reichscolonialamt teilte man diese Aufsicht. Damals hat das Berliner Kapital den Schwärmern Bedingungen gestellt, die man einfach für unmöglich halten sollte. Sie gaben gar nicht, bis kapitalistisches Kapital das Gebiet befürchtete. Jetzt erkannte man den Wert; die günstigen Berichte mehren sich. In jenen Tagen gab Staatssekretär Dernburg der Budgetkommission die damals vertrauliche Mitteilung, daß man den Beträchtlichen der Edelsteine rubig auf 1000 Mill. Mark berechnen dürfe; vom Reichscolonialamt kenne die Zahl. Es baute zum guten Teil seine südweltatlantische Eisenbahnvorlage darauf auf; die Diamantenzölle sollten hinaus in 5 Jahren mindestens 34 Mill. M. für den Bahnbau abweisen. Einen 25jährigen Betrieb aus den Seldens hellen Dernburg als Minimum hin. Jährlich 7 Mill. M. Diamantenzölle gibt 21 Mill. M. Ausfuhrwert; dabei sollten nicht alle Diamanteneinnahmen für den Bahnbau verwendet werden. Als dann der Kriegskostenantrag kam, wurden an der Dernburgischen Schätzung 20 Prozent abgezogen, um ja nicht so hoch zu gehen. Später kamen Berichte, welche den Gesamtwert weit höher berechneten. Und jetzt? Nun soll das ganze wieder so gut wie nichts wert sein. Dieser Bzda mag für Börsemanöver recht geeignet sein, er kann auch einem politischen Spiel dienlich sein; aber er kann dringende Forderungen nicht aufhalten. Wenn Interessenten selbst den Wert der Diamanteneinnahmen recht niedrig einschätzen, so kann das nur annehmen sein, denn dann wird die Abfindungsumme für wohlerworben Rechte erheblich kleiner, in demselben Verhältnis auch der Kriegskostenbeitrag; das Schlüsselelement ist dann nur, daß das Reich bei dem ganzen Geschäft billiger fährt. Aber teinesfalls wird erreicht, daß man die notwendige Auseinandersetzung abermals verzieht. Die jetzt üblichen Regelungen auf Bausarbeiten kommen somit der Forderung auf ein wirtschaftliches freies Südwestafrika und der Festigung der Privilegien und Hoheitsrechte in wirkamer Weise vor.

Deutschland.

Berlin, 1. Oktober 1910.

Abschaffung der Kürassiere. Wie die "Post" von "zuverlässiger Seite" hört, wird die neue Militärvorlage die Abschaffung der Kürassiere bringen. Die "Post" bemerkt dazu:

"Es ist längst bekannt, daß die Kürassiere für die heutigen Zwecke der Kavallerie höchst ungeeignet sind. Der heutige Kavallerist muß leicht und klein sein, damit er auf kleinen Pferden den Feind erkennen kann und unter Umständen mit Gewandtheit auch zu Fuß fechten kann. Hierzu sind die Riesengestalten der Kürassiere mit ihren langen Stiefeln auf ihren schweren Kriegspferden unbrauchbar. Es wird also nur der Kriegsgeist des Heeres gemäß, wenn sie vollständig abgeschafft werden."

Allerdings hat man ein Zugeständnis gemacht. Das Gardekorps-Regiment, die Leibgarde der Kaiserin, und noch ein Leibkavallerie-Regiment werden beibehalten. Wenn die Kürassiere tatsächlich unter den heutigen Verhältnissen im Feld unbrauchbar sind, dann müssten sie z. B. völlig abgeschafft werden. Die Zeitlage und Wirtschaftslage ist wenig dazu angelegt, ein paar überflüssige Regimenter hinzuzuladen. Wir sind auch darüber übereinstimmt, daß es nur eine Frage der Zeit ist, daß die übrig gebliebenen Regimenter den anderen nachfolgen.

Die Moabiter Revolution geht nun schon den dritten Tag weiter; sie bedrängt sich auf diesen Stadtteil. In den anderen Gegenden Berlins merkt man gar nichts; nur sieht man an den Abenden, wie die Polizeimannschaften sich versammeln und nach dem Nordosten abrücken. Die Berliner Bevölkerung steht geschlossen auf Seite der Polizei — mit Ausnahme der Sozialdemokraten. Man wünscht von allen Seiten das schärfste Vorgehen gegen die Unruhanten und man fordert insbesondere, daß neben der Polizei der feste Wasserstrahl der Feuerwehr eingesetzt möge. "Wie lange noch?" fragt alles und so auch der "Vorwärts", der den ganzen Aufruhr als eine Arbeit der Polizei hinstellt und damit in geradezu schamloser Weise gegen die Wahrheit verstößt. Er findet zwar scharfe Worte gegen den Mob, die getreue Hilfsgruppe der Genossen. Freilich meint das Blatt: "Wir Sozialdemokraten stehen den ganzen Vorgängen mit absoluter Positivität gegenüber. Wir sind so vollständig unbeteiligt, daß wir in der Tat dem Verhängnis der völligen Panzerotterklärung des preußischen Polizeistaates den ungehörtesten Verlauf lassen könnten. Denn die mehr als albernen Verächtigungen der Scharfmacherpreß, den Moabiter Unruhen müssen doch wegen ihrer Hartnäckigkeit und ihrer wachsenden Lebhaftigkeit eine Organisation zugrunde liegen, verdienen nicht mehr als eine beißende Ernährung." Darüber kann man nur lachen. Diese Parfüms befindet sich zunächst in einem unwahren Gesichtspunkt auf die Polizei; kein Wort zur Verhüllung der Massen liegt man. Wie kommt es denn, daß die Aufständigen die Arbeitersoldaten laufen lassen? Wie kommen sie gerade zu roten Fahnen? Die Sozialdemokratie ist schuld an dem Blut, das floß und nicht die Polizei; die Sozialdemokratie ist schuld an den schweren Strafen, die nun verhängt werden; sie hat den Leuten nahezu unrechtmäßig geholfen; jetzt geht ihre Jahrhundert-Saat zuerst im roten Moabit auf. Und wie beklagt der "Vorwärts"? Er meint: "Da sollten beispielweise Türen und Fenster einer Kirche völlig demoliert werden. Ein Wirklichkeit sind einige Fenster dieser Kirche durch Steinwürfe beschädigt worden; von der Demolierung der Türen, also dem Kriterium der Gemäßtätigkeit, ist kein Wort wahr!" Also Steinwürfe gehören nach der Anschauung des roten Blattes zu den unumgänglich notwendigen Leibesübungen. Wie wäre es denn, wenn die führenden Genossen das einmal an sich selber erproben wollten? Der ruhige Staatsbürger muß heute energetischer denn je verlangen, daß die Staatsgewalt mit der Wucht ihrer gesamten für die Ordnung bereitgestellten Mittel daran dringt, daß solche oder ähnliche Vorgänge wie die in Moabit in diesen Tagen zum höchsten Erstaunen der Berliner Bevölkerung zur Tat geworden sind, ein für allemal verhindert werden. Das ist die Druck sozialdemokratischen Erziehungsmethode: junge, halbwüchsige Bürigen, wahrscheinlich Mitglieder der sozialdemokratischen Jugendorganisationen; aufgeriegelte, freischließende Hyänenweiber mit ihren Kindern, Produkte der Frauenemanzipation der Clara Zetkin und der blutigen Rosa Luxemburg. Ist das immer noch eine "großartige" Bewegung?

* * * Eine unverschämte Herausforderung der Katholiken hat sich der Bergungsverein in Büdingen geleistet, indem er auf dem Papenberg eine Kultusbank stiftete und in der Nähe des Bauwerkes Luther- und Bismarckreliefs mit den Andachten anbringen ließ: Ultra montes nox! (Gentele der Berge ist es Nacht!) und "ist einer nur von all' den Pontificen, der diesen beiden das Wasser reicht?" Das Bauwerk, zu dem die Königliche Regierung in Minden den erforderlichen Platz unentgeltlich her-

gegeben hat, wurde am letzten Sonntag dem Schuh des Rinteler Bergungsvereins übergeben. An der Feier nahmen, wie die "Schaumburg-Lipp. Landeszeitung" in ihrer Nr. 225 vom 26. September schreibt, an 200 Personen teil. Man kann sich kaum eine rechte Vorstellung machen von dem Grade grossen Papstfestes, der in diesen Biedeburgern und Rintelner Naturfreunden steden muß. Wer dazu fähig ist, sogar den Frieden und die Schönheiten der Natur durch den Ausdruck sonnenfleckigen Hauses zu entwischen, der muß des letzten Reizes von Achung vor seinen katholischen Mitbürgern bar sein. Über die völlige Sinnlosigkeit der beiden Inschriften ist ja kein Wort zu verlieren. Aber das ist eindeutig der Kriegsgeist des Heeres gemäß, wenn sie vollständig abgeschafft werden."

|| Gewohnheitsmäßige englische Spionage. Über die englische Spionage wird der "Post" berichtet: Infolge der furchtlich aufgefundenen, die englischen Spione sehr belastenden Briefschaften kann die Polizeiunterbindung noch nicht abgeschlossen werden. Es steht nunmehr fest, daß die Auspionierung der nordischen deutschen Festungen schon seit Jahr und Tag im Gange war, ohne daß das Treiben dieser immer fester auftretenden Ausländer einer Behörde aufzufallen war. Die Spione segelten in einer Yacht unter englischer Flagge und suchten unter dem Schutz der Nacht die Auspionierung der wichtigsten Festungen vorzunehmen, um dann ebenso rasch wieder zu verschwinden. Höheren Orts wird dem Gange der Unterführung großes Interesse zugeschrieben. Das Kriegsministerium wird stets auf dem Laufenden gehalten.

|| Sitzung des Deutnahs-Ausschusses. Am 9. November findet im Reichstag die erste Sitzung des Ausschusses zur Errichtung eines Denkmals für die gefallenen Kolonialkrieger statt. Dem Ausschuss gehören Mitglieder des Bundesrats und des Reichstags an. Die Leitung liegt in den Händen des Reichskriegssekretärs. Vom Zentrum sind in den Ausschuss berufen worden die Abg. Dr. Freiherr von Hartling und Gräberger. Das Denkmal soll ganz auf Kosten des Reiches errichtet werden.

Ein neuer Führer der Nationalliberalen? Das "Verl. Tagbl." ist der Ansicht, daß der Abg. Bührmann den Abg. Böhmermann verdrängen und selbst Führer werden will. Wir können den Nationalliberalen zu einem solchen Rollenwechsel nur "gratulieren"; denn der Romhaffer Bührmann als Führer, der mühte den liberalen Parteiwagen ebenso auf Abwege führen, wie sich selbst. Das "Verl. Tagbl." baut nämlich aufrecht, daß Dr. Bührmann in Frankfurt a. O. gesagt hat, angelehnt des Wahlergebnisses müsse man mandatual zweifeln, "ob Bismarck recht daran getan habe, als er dem deutschen Volke das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gab". Sein Berichterstatter hat die Worte aufnotiert, unmittelbar nachdem sie gefallen waren, und sie stimmen zu gut überein mit dem, was auch andere gehört und berichtet haben, als daß diesmal mit einem bissigen Dementi davon vorbeizukommen wäre.

Berufung gegen Urteile der Strafkammern. Die Justizkommission des Reichstages beschloß, eine Berufungsinstanz gegen die Urteile der Strafkammer bei den Landgerichten einzurichten und sie mit drei Juristen und zwei Schöffen zu besetzen, also auch in dieser Instanz Recht zu bezeugen. Die Regierung hat diesem Gedanken scharf opponiert. Der "Kölner Volkszeitung" wird berichtet: Die Justizkommission sieht die Beratung über die zu § 77 des Gerichtsverfahrensgesetzes gestellten Anträge auf andere Verjährung der Strafkammer in der Hauptverhandlung erster Instanz fort. Es handelt sich um die Frage, ob die Zuziehung von Schöffen in der Berufungsinstanz gegen Urteile der Strafkammer und gegen Urteile der Strafkammern der Landgerichte und gegen Urteile der Strafkammern.

kammern eingerichtet werden. Mit 16 gegen 12 Stimmen wurde endlich die Zuziehung von Rechten bei den Strafnationen, und zwar mit drei Richtern und zwei Schöffen, beschlossen.

○ Umfrage zur Strafprozeßreform. In der nationalliberalen "Magdeburg. Bzg." vom 24. d. W. findet sich unter der Überschrift: "Umfrage in der Strafprozeßreform" folgender Artikel: "Der Reichsführer von Bethmann-Hollweg hat in einer Rede, die ihm sehr verbürtet worden ist, beflogt, daß das öffentliche Interesse nur noch durch aufpeitschende Sensation und durch Forderung grundlosender Aenderungen unseres Staatsweises befriedigt werden könne, während dragen, die früher die Genügsamkeit bewegt hatten, wie die Gestaltung des Strafprozesses, jetzt seiner Teilnahme begegnen. Der zweite Teil seiner Behauptung ist unzweifelhaft richtig. Man hat zwar wohl eine Folge der starken Bewegung vor sich, die in das politische Leben gekommen ist; vor der That geworben, die verübt wurde, man kann sie einfacher. Aber es entsteht doch die Frage, ob die bedauerliche Zeilmabschaffung nicht auch mit der Art zusammenhängt, wie die Strafprozeßreform angefochten wird. Wir greifen etwas einzelnes heraus. Unzweifelhaft war die Einführung der Berufung gegen Urteile der Strafkammern eine Forderung, die mit Begeisterung vertraten wurde. Dies ferner der Begeisterung ist aber niedergebrannt. Wie ist das gekommen? Wir glauben die Ursache in folgendem sehen zu können: Man spricht heutzutage von der Notwendigkeit, den Beamtenapparat nicht weiter zu vergrößern, den Instanzanzug zu vereinfachen, rasche Arbeit zu leisten, zu sparen, das ganze staatliche Geschäft drücklicher zu machen und so die Kluft zwischen Beamtenamt und Laienwelt nach Möglichkeit zu überbrücken; sind dies alles richtige Grundlagen, so ist es schwer, den Weg, den man bei der Strafprozeßreform gehen will, nicht als völlig verkehrt zu betrachten. Schafft man, wie es geplant ist, statt der bisherigen Strafkammern zwei Instanzen, die erste mit zwei Richtern und drei Rechtern, die zweite nur mit Berufsrichtern, so vergrößert man den Beamtenapparat, man kompliziert den Instanzanzug, man verlangsamt die Rechtsprechung, man verneigt die Kosten und das Schreibwerk neu. Man tut also etwas, was von allen jenen schönen Grundlagen wegführt. Hat Parlament und Senatlichkeit selbst auf diesen falschen Weg hingewiesen, so ist es ihre Pflicht, den Zerruum einzugehen und den falschen Pfad zu verlassen. Nicht nach Komplizierung, sondern nach Vereinfachung sollte man streben!" Die Frage scheint in der Tat bereitgestellt, ob denn die ganze Reform des Strafprozesses so dringend ist, daß sie nicht auf einen gelegeneren, von politischen Leidenschaften weniger bewegten Zeitpunkt verschoben werden könnte.

○ Das Jubiläum der Unfall- und Invalidenversicherung. Aus Anlaß des Jubiläums der Unfall- und Invalidenversicherung fand heute abend in der Wandelhalle des Reichstags eine Begrüßung statt, zu der der Vertreter der gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und der Landwirtschaftsversicherungsanstalt erschienen waren. Zu den Gästen zählten auch die Staatssekretär Delbrück und Lisco, Ministerialdirektor Capar, sowie der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Kaufmann, ehemaliger Handelsminister Söder, der badische Minister des Innern, Freiherr von Bodman, der bayerische Gesandte, Graf Lerchenfeld, Bürgermeister Reihe u. v. Im Namen des Verfaßtungsausschusses hielt der Vorsitzende des Verbands der Berufsgenossenschaften, Dr. Spicker, die Gäste willkommen. Er gedachte der Väter des Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes, in erster Linie des hochgeliebten Kaiser Wilhelm des Großen, ferner Bismarcks und Dr. Bodmers. Seine Begrüßung klang in einem Hoch auf die Jubiläare, d. h. auf alle, die in den vergangenen 25 Jahren an der Ausführung der Versicherungsgesetzgebung treitig gewesen haben, aus. Unter den Erwähnungen befanden sich auch der Vorsitzende der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, Landeshauptmann von Darmstadt-Pozen, sowie zahlreiche Vertreter der Groß-Industrie.

○ Eine deutsche Unterseebootslotto. Das Marineverordnungsblatt veröffentlicht eine offizielle Ordre vom 27. September, nach der aus den Unterseebooten, die nicht nur zur Unterseebootsschule gehören, oder zu Abnahmeprobefahrt in den Dienst gestellt sind, und einem Bootsfahrzeug eine Unterseebootslotto zu bilden ist.

Die Berücksichtigung der Schwerlast und der Gefahr für die Journalisten, eigene Beobachtungen anzustellen, anscheinend die Dinge etwas zu sehr vom Standpunkt der Polizeiberichte aus erkennen. Die Polizeiaffäre aufzburgende englische Journalisten hat aber gezeigt, daß hier, wie ja auch sonst, die in Erregung geratenen Polizisten sich nicht bloß gegen Exzendenten, sondern auch gegen harmlose Passanten geworfen haben. Der Berliner Polizeipräsident hat zwar nachdrücklich beruhigend gemeint, man möge den Vorfall nicht so tragisch nehmen, das seien Kunden, die auf dem Schlachtfeld erlitten seien. So einfach liegt die

Karlsruher
Lebensversicherung a. G.
vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.

In 1909 Neuzugang: 51 Millionen Mark,
Ende 1909 Bestand: 673 Millionen Mark.
Bewährtes System steigender Dividende.

Todes- Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Theresia Schmid, Hauptlehrers Witwe, nach langerem Leiden, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, heute vormittag 7 Uhr, zu sich abzurufen. Um stille Teilnahme bitten die trauernd Hinterbliebenen: Emma Schmid, Hermine Brütsch, geb. Schmid, Othmar Brütsch, Revieror Albert Brütsch, Erika Brütsch. Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Friedhofskapelle aus statt. Trauerhaus Sofienstraße 77.

Kathol. Männerverein Badenia.
(Stadtteil Mühlburg.)

Montag, den 3. Oktober, abends 1/2 9 Uhr,
Versammlung

in der Westenhalle aus Anlass einer kleinen Feier unserer Jungmannschaft. Man erwartet die Mitglieder, insbesondere auch die der Sängervereinigung, um vollständiges Erreichen.

Karlsruhe, den 1. Oktober 1910.

Der Vorstand:

Hermann, Rechnungsrat a. D.

Bekanntmachung.

Nr. 6273.

Die regelmäßige Einschätzung der Ge-

bäude zur Feuerwehrbereitung betreffend. In den Monaten November und Dezember findet die regelmäßige Einschätzung für die Gebäudeweiterbildung statt. Diese erstreckt sich auf sämtliche in diesem Jahre neu errichteten sowie auf solche schon veröderte Gebäude, bei welchen im Laufe des Jahres Weiserböhungen (durch Verbesserung, Umbau, Aufbau, Umbau) oder Weiserübernahmen (durch Abriss, Einsturz, Fehlfügigkeit) im Beitrag von mindestens 200 Mk. eingetragen sind.

Gemäß § 21 Absatz 1 und 2 des Gebäudeversicherungsgesetzes ist die Errichtung von Neubauten, welche in diesem Jahre unter Dach gebracht wurden und sind Änderungen der erwähnten Art längstens bis zum 15. Oktober, wenn Neubauten aber noch nach dem 15. Oktober unter Dach gebracht werden oder wenn Änderungen erst nach diesem Tage eintreten, als bald nachträglich bei uns anzumelden. Ausgenommen sind Neubauten, welche bereits mit angemeldeter Wirkung versichert sind.

Wir fordern daher alle Hauseigentümer, welche hierauf folche Anzeigen zu erstatten haben, auf, diese rechtzeitig beim Stadtfeuerwehrverwaltungsbureau, III. Stock, Zimmer Nr. 97 eingereichen. Die Unterlassung ist mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. bedroht.

Karlsruhe, den 1. Oktober 1910.

Das Bürgermeisteramt:

Dr. Horstmann.

Bleicher.

Bekanntmachung.

Die aus Anlass der Silberhochzeit des Großherzogspaares im Gebäude der städtischen Sammlungen, Gartenstraße 53, eingerichtete Ausstellung von Bildern, Archivalien und sonstigen Gegenständen, die sich auf die Lebensgeschichte Ihrer königlichen Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin beziehen, ist auch weiterhin Sonntags und Mittwochs für den Zeitraum von vormittags 11 bis mittags 1 Uhr und nachmittags von 2 bis 4 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Karlsruhe, den 30. September 1910.

Der Stadtrat.

Siegrist.

Neudeck

Bekanntmachung.

Jagdverordnung betreffend. Die Jagd in dem Jagdbezirk III der Gemeinde Karlsruhe, im wesentlichen die Gemeindegrenzen der früheren Gemeinde Riehlheim umfassend, soll für den Zeitraum vom 7. Oktober 1910 bis 31. Januar 1914, und die Jagd in dem Jagdbezirk der früheren Gemeinde Leiterheim für den Zeitraum vom 1. Februar 1911 bis 31. Januar 1914 im Wege öffentlicher Versteigerung neu verpackt werden. Versteigerungstermin ist festgesetzt auf

Mittwoch, den 5. Oktober 1910, vormittags 11 Uhr, im kleinen Rathaussaal dazib.

Bei der Jagdversteigerung werden als Bieter nur solche Personen zugelassen, welche sich im Besitz eines Jagdwaffens befinden, oder durch ein schriftliches Zeugnis ihres zuständigen Bezirksamts nachweisen, daß gegen die Erteilung eines Jagdpasses ein Bedenken nicht abwaltet.

Die Entwürfe der Jagdbuchverträge liegen nebst zugehörigen Planflächen im Geschäftszimmer Nr. 35 (Rathaus, 2. Stock) zur Einsicht auf.

Karlsruhe, den 17. September 1910.

Der Stadtrat.

Dr. Kleinschmidt.

Himmelheber.



Dem hochgeehrten Publikum, sowie meinen geehrten Gästen, ganz besonders denjenigen, die seit Gründung meines Wiener Café Central bis heute meine Gäste waren, spreche ich hiermit meinen herzlichsten Dank für das mir geschenkte Wohlwollen aus. Durch den mich betroffenen Unfall bin ich gezwungen, mein Geschäft abzugeben und bitte ich, auch meinem Nachfolger Ihr geschätztes Wohlwollen auch in Zukunft zukommen zu lassen.

Hochachtungsvoll
M. Schmeidler.

Dem titl. Publikum erlauben wir uns die Mitteilung zu machen, dass wir mit heutigem Tage das altrenommierte

Wiener Café Central

mit vollständig renoviertem, der Neuzeit entsprechendem Lokal übernommen haben und bitten, das unserem Vorgänger Herrn M. Schmeidler geschenkte Vertrauen auch uns zukommen zu lassen. Wir werden stets bemüht sein, allen Anforderungen gerecht zu werden.

Hochachtungsvoll
Ransenbergs und Frau.

Krokodil

Karlsruhe.

Von heute abend 6 Uhr
in Ausschank:

Münchener
Löwenbräu-
Märzen-Bier.

G. Möloth.

Wir machen bekannt, dass die

weißen
Gutscheine

mit 20 Pf. per Stück bei unserer
Geschäftsstelle

Waldstrasse 6

nur noch bis zum 1. November ein-
gelöst werden.

Der Vorstand.



Kassestunden: Vormittags 9-12 1/2, Nachmittags 1/2-6 Uhr.

Bauarbeiten-Vergebung.

Zur Erweiterung des St. Petrus-
hauses in Gerlsheim, Amts Laub-
bischofshofheim sollen zur Ausführung in
Auffordern vergeben werden:

| | |
|-------------------------------|---------|
| Abbruch, Erd- u. Maurerarbeit | 8818.80 |
| Steinmauerarbeit | 771.03 |
| Zimmerarbeit | 4223.77 |
| Verputzarbeit | 1497.98 |
| Schreinrarbeit | 2596.57 |
| Schlosserarbeit | 1014.80 |
| Gießleiterfertigung | 629.50 |
| Blecherarbeit | 1322.81 |
| Installationsarbeit | 735.14 |
| Färbearbeitung | 167.50 |
| Tünderarbeit | 940.26 |

Nach Prozenten des Anschlags
auszubringende Angebote hierauf
werden verschlossen und mit Aufdruck
„Angebot“ versehen, spätestens bis
Mittwoch, den 5. Oktober 1. Es,
vormittags 10 Uhr, bei katholischem
Sitzungsrat Gerlsheim vorgetragen
erzielt werden, wobei die Übertragung
auszügige, Lieferungsbedingungen und
Pläne zur Einsicht der Bewerber auf-
liegen.

Heidelberg, den 30. September 1910.
Erzbischöfliches Bauamt.

Nürnberg-Geld-
Lotterie

Ziehung 20. bis 22. Oktober

440000 M.

Hauptgewinne

100000 M.

50000 M.

30000 M.

Lose à 3.30 M. 1 Porto u. Liste

empfiehlt Lotterie-Unternehmer

J. Stürmer,

Strassburg i. E., Langstr. 107.

In Karlsruhe: Carl Göhring, Hebelstr. 60.

Billige, neue

Pianinos

zur Ausübung einfacher
Hausmusik geeignet, liefert
gegen bar zu Mk. 450.—

Ludwig Schweisgut, Hofl.

Karlsruhe, Erbprinzenstrasse 4.

Gelegenheitsposten

äusserst preiswerter

Hosen.

(Beachten Sie bitte mein Fenster.)

Julius Löwe,

25 Werderplatz 25.

Stadtgarten.

(Bei ungünstiger Witterung Festhalle.)

Sonntag, den 2. Oktober, nachm. halb 4 Uhr:

KONZERT

(Orchester und Militärmusik)

ausgeführt von der vollständigen Kapelle des

Badischen Leib-Grenadier-Regiments

unter Mitwirkung eines Knabenchores (50 Sänger).

Leitung: Königlicher Musikdirektor Adolf Voettge.

Inhaber von Jahreskarten und Kartenscheinen 20 Pf.

Eintritt: Sonstige Personen 60 Pf.

Soldaten und Kinder je die Hälfte.

Musikprogramm 10 Pf.

— Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt. —

Die Musikkarten haben Gültigkeit.

I. Abonnement-Konzert

des Grossh. Hoforchester

findet

nicht wie angekündigt am 12. Oktober

sondern

Mittwoch, den 19. Oktober

statt.

Der Orchestervorstand.

in stoltem Manuf.- oder Gemischtwaren-

Detailgeschäft.

Bedingt: Tägliche Ausbildung und

gute Station im Hause.

Angebote unter Nr. 730 befördert die

Geschäftsst. ds. Bl.

Lehrstelle

in stoltem Manuf.- oder Gemischtwaren-

Detailgeschäft.

Bedingt: Tägliche Ausbildung und

gute Station im Hause.

Angebote unter Nr. 730 befördert die

Geschäftsst. ds. Bl.